Nr. 268. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Dienstag, 11. Juni 1895.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Die Kieler Feste in französischer Beleuchtung.

Paris, 10. Juni. In der Kammersitzung bringt zuerst Millerand (Sozialist) seine Anfrage über Frankreichs Einschreiten gegen Japan ein. „Warum", ruft er, „sind wir nach Japan gegangen? Warum sind wir in Abwesenheit der Kammern Gefahr gelaufen, bewaffnet einzuschreiten? Unsere Interessen in Tonkin erforderten nichts dergleichen, zwischen Frankreich und Rußland besteht ein Einvernehmen, worüber das Parlament übrigens nie genau unterrichtet wurde, es wäre denn durch die Feste von Kronstadt und Toulon, und die Geldhülfe, welche die Franzosen Rußland geleistet haben. Rußland allein hatte ein dringendes Interesse, Japan nicht in Port Arthur festen Fuß fassen zu lassen. Wir haben Rußland nur unterstützt, weil wir das Einvernehmen nicht brechen wollten. Unser Vorgehen im Verein mit Deutschland und Rußland betonte die vorausgegangene Annahme der Kieler Einladung durch die französische Regierung. Diese Einladung, die im Lande Aufregung hervorgerufen hat, konnte leicht abgelehnt werden. Wir konnten uns auf das Beispiel berufen, das die deutsche Reichsregierung selbst gab, als sie 1889 es ablehnte, sich an der Hundertjahr-Feier der französischen Umwälzung zu betheiligen. Es hat den Anschein, als hätte unsere auswärtige Politik eine andere Richtung genommen, als hätte die deutsche Diplomatie über unsere Erinnerungen an 1870 triumphirt. Schon als wir uns in überseeische Unternehmungen stürzten, liefen wir der trügerischsten aller Luftspiegelungen nach, aber man konnte wenigstens glauben, daß Frankreich seinen verlorenen Provinzen die Treue nicht brach. Man mißverstehe mich nicht. Gewiß, wir wollen den Frieden leidenschaftlich, aber es giebt nothwendige Wiederherstellungen, an denen die Zeit und die ewige Gerechtigkeit arbeiten. Ohne gegen eine fremde Regierung unhöflich zu sein, kann man seinen Erinnerungen treu bleiben. Gambetta schrieb 1870 den deutschen Sozialisten, die gegen die Eroberung Einspruch erhoben, Frankreich sehe in ihnen die Zukunft Deutschlands und die Hoffnung einer Versöhnung zwischen beiden Ländern. Eine Politik des Verzichts würde das Land entmannen und daraus die bereite Beute des Feindes machen oder sie würde das Land von seiner Regierung trennen und unerwartete Volkskundgebungen hervorrufen. Möge die Kammer sich in einer Weise äußern, daß es für das In- und Ausland eine Lehre und Mahnung sei!" (Beifall bei den Sozialisten, Murren bei den anderen Gruppen.) Lesenne erhebt sich heftig gegen den Kieler Besuch, er fragt, ob die Regierung Deutschland etwa zur Enthüllung des Denkmals für die Gefallenen von 1870 einladen werde? Die auf die deutschen Fahnen geschriebenen Namen erinnern an unsere Niederlagen und die Siege unserer Gegner. Welche Haltung werden unsere Seeleute vor diesen Fahnen haben? Die Kammer ist die Hüterin der Ehre der französischen Fahne. Möge sie ihre Pflicht thun. Ernst Roche (Boulangist) ergeht sich in wüthenden Ausfällen auf Deutschland. „Nachdem unser Feind", ruft er, „uns besiegt, ausgezogen und bestohlen hat, genügt es, daß er uns zulächle, damit wir seine Einladungen annehmen. Man hat behauptet, eine Ablehnung hätte den Krieg herbeiführen können. Ist es wahr, daß wir nach allen unseren Opfern an Geld und Menschen so tief gesunken sind?" (Allgemeines Murren.) „Wir konnten Deutschland antworten: Frankreich dankt Ihnen, es kann aber Ihre Einladung Trauer halber nicht annehmen. Jetzt müssen wir den Kelch bis zur Hefe leeren. Nach Kronstadt hatten wir Toulon, nach Kiel müssen wir vielleicht Brest oder Cherbourg anbieten. Werden wir nicht etwa auch die deutschen Seeleute nach Paris kommen lassen? Die Minister gehen, aber das Volk bleibt, und es hat alle Schmach wie alle Kriege zu tragen." Darauf antwortete Hanotaux. Er führte aus, Frankreich habe seine Politik nicht geändert, es verfolge die Wiederaufrichtung des Landes nicht durch Absonderung, sondern durch Beziehungen zu den anderen Mächten, die schon ihre Früchte getragen hätten. (Lebhafter Beifall.) Diese Politik sei keine Politik der Verzichtleistung. Der Minister erinnert sodann an die heftigen Kritiken, welche die Entsendung einer Abordnung zu der Arbeiterkonferenz nach Berlin im Jahre 1890 hervorgerufen hätte. Die Abordnung sei zurückgekommen, ohne daß etwas geschehen wäre, was die Interessen, die Rechte und die Würde Frankreichs geschädigt habe. Heute handle es sich abermals um eine Einladung, die an die Höflichkeit Frankreichs gerichtet sei. Frankreich antworte mit Höflichkeit. Frankreichs nach Kiel entsandte Seemacht werde dort ein freies und starkes Frankreich repräsentiren, das keine Vergleiche fürchte und keine Erinnerungen verleugne. — Es folgten dann die Erklärungen, die sich auf die französisch-russische Allianz beziehen. Der Minister verliest ein Telegramm, das er nach dem Auftauchen der japanischen Frage an den französischen Botschafter in Petersburg richtete. Es heißt darin, Frankreich stelle in seinen Erwägungen an die erste Stelle die Bewahrung seiner Allianzen. Er sagt ferner, zwei große Mächte, eine für die andere durch ihre freundschaftlichen Gefühle und respektiven Interessen geleitet, haben sich die Hand gereicht, sie haben eine Entente geschlossen, die sie in natürlicher Weise einander in der unablässigen arbeitsamen Politik nähert, und die stets friedlich ihnen ihre wechselseitige Sicherheit garantirt. — Redner erinnert dann daran, was die Zurückhaltungspolitik in der egyptischen Frage für Schaden gebracht habe. (Lebhafter Beifall.) Heute gebe es keine Frage von Wichtigkeit, die in Europa geregelt werden solle, ohne daß Frankreich um seine Ansicht gefragt werde. Aber die Regierung bedürfe des Vertrauens des Parlaments, um die ernsten Aufgaben zu beendigen, deren Erfüllung ihr bleibe. (Lebhafter Beifall.) — Minister Hanotaux spricht zum Schluß von der Sicherung der tonkinesischen Besitzungen, welche durch die Verständigung garantirt sei. In den Kouloirs will man das so verstehen, daß Frankreich die Pescadores-Inseln zufallen sollen. Es wird auch von Kompensationen an Rußland und an Deutschland gesprochen. Flourens erklärte, die Intervention Frankreichs in Japan habe hauptsächlich deutschen Interessen gedient und fragt alsdann, ob sich die Regierung Kompensationen vorbehalten habe, ob man auch von Rußland verlangen könne, daß es die Franzosen unterstütze, um die Befreiung Egyptens zu erlangen. Goblet findet die Erklärungen der Regierung gleichfalls ungenügend und betont, die Theilnahme an den Festlichkeiten in Kiel verletzten das Gefühl des Volkes. Die Theilnahme Frankreichs sei veranlaßt durch die Intervention im äußersten Osten. Redner fordert alsdann die Veröffentlichung des Bündnißvertrages mit Rußland, wenn ein solches besteht. Was die elsaß-lothringische Frage betrifft, so wolle es keine Revanche gegen Deutschland nehmen, aber so lange erstere nicht gelöst sei, werde Frankreich keine Annäherung zu Deutschland nehmen. Ribot erwiderte, die Regierung habe nicht unthätig bleiben können gegenüber den Ereignissen im äußersten Osten, Rußland und Deutschland hätten dort nicht allein thätig sein dürfen. Frankreich habe, indem es sein Interesse vertheidigte, die allgemeine Politik befolgt, in der es bereits die Sicherheit und Würde gefunden habe, die Niemand dem Lande in Abrede stellen würde. (Beifall.) Frankreich habe seine Interessen mit denen einer anderen Macht für den Frieden Europas verbunden; seit 1891 sei in Europa eine Veränderung vor sich gegangen. Dieses Bündniß bilde heute die Stärke Frankreichs (Beifall.) Die Kammer und das ganze Land hätten diese Politik gutgeheißen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf wurde eine Tagesordnung, durch welche die Erklärungen der Regierung gebilligt werden, mit 362 gegen 105 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Deutschland.

⊙ **Berlin,** 11. Juni. Die „Freisinnige Zeitung" bringt unter der Ueberschrift: „Wer behält Recht" eine Uebersicht über den voraussichtlichen Abschluß der Reichshaushalts-Rechnung des Jahres 1894—95 und schließt ihre Betrachtungen mit der Moral: „Die Reichstagsmehrheit hat also besser für die Einzelstaaten gesorgt, als die Finanzminister derselben in ihrer Verliebtheit in den Miquelschen Automaten es beabsichtigten." Zunächst bringt jener Artikel, soweit er sich mit den an die Einzelstaaten herauszuzahlenden Ueberschüssen und dem Abschluß der eigenen Rechnung des Reichshaushalts-Etats beschäftigt, nichts Neues. Bereits bei Einbringung des Reichshaushalts-Etats am 11. Dezember 1894 erklärte der Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky, daß man in der eigenen Wirthschaft des Reichs nach den damals vorliegenden Materialien auf einen Ueberschuß von etwa 5 Millionen Mark rechnen dürfe, und bezüglich der Ueberweisungen an die Einzelstaaten bemerkte der Chef der Reichsfinanzverwaltung wörtlich Folgendes:

„Immerhin ist für die Bundesstaaten das Resultat, wie man es vorläufig aus dem bisherigen Gange der Dinge schätzen kann, ein günstiges. Bekanntlich beträgt nach dem laufenden Etat (sc. 94—95) die Differenz zwischen den Matrikularbeiträgen und den Ueberweisungen $30^1/_2$ Millionen. Wir rechnen einschließlich des Mehrbetrages aus den Stempelsteuern in Höhe von $16^3/_4$ Millionen auf eine Summe an Mehrüberweisungen von $26^1/_2$ Millionen (hört, hört! links).

Meine Herren, die Konsequenzen daraus werden wir später ziehen. Also würden die Bundesstaaten in diesem Jahre nur eine Zuzahlung von 4 Millionen zu leisten haben."

Die Ausführungen der „Freisinnigen Zeitung" enthalten zunächst einen zahlenmäßigen Irrthum. Die Stempelsteuern haben gegen den Etatsansatz allerdings nur ein Mehr von $15^1/_4$ Millionen, gegen die Isteinnahme des Vorjahres aber eine Mehreinnahme von 17 811 719 Mark gebracht. Ferner ergiebt sich aber aus den Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts, daß man schon im Dezember v. J. nur auf eine Zuzahlung der Bundesstaaten von etwa 4 Millionen und auf einen Ueberschuß für die eigene Wirthschaft des Reichs rechnete. Trotzdem haben die verbündeten Regierungen das Finanzreformgesetz eingebracht, dessen Endziel die Bundesstaaten in die Lage versetzen sollte, bei Aufstellung ihrer eigenen Etats genau übersehen zu können, welche Maximalleistungen für das Reich im kommenden Jahre zu beschaffen sind. Die Unsicherheit des jetzigen Zustandes wird für die Bundesstaaten nicht dadurch geheilt, daß sie 28 Millionen weniger zu zahlen haben werden, wie die Summe, auf deren Zahlung sie sich nach dem Reichshaushaltsetatsentwurf vorbereiten mußten und ebensowenig liegt die Gewährleistung dauernder Ordnung darin, wenn sie im laufenden Jahre noch baare Ueberschüsse erhielten. Die Feststellung rechtzeitig sichtbarer Forderungen des Reichs an die Einzelstaaten, das war der Gedanke der Finanzreform; deshalb wurde in der vorletzten Tagung des Reichstages die Gewährleistung fixirter Ueberschüsse und in der letzten Tagung die Minimalforderung einer Balance zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen beantragt. Diese im Interesse einer ordnungsmäßigen Finanzwirthschaft der Einzelstaaten gestellte Forderung kann aber durch keinen noch so günstigen Etatsabschluß ausgeglichen werden, selbst dann nicht, wenn die Einzelstaaten in einzelnen Jahren bei dem jetzigen Zustande günstiger abschließen sollten, wie solches nach dem Entwurf des Reichsfinanzreformgesetzes möglich gewesen wäre.

Gerade von freisinniger Seite ist wiederholt mit Recht hervorgehoben worden, wie nachtheilig auf die Finanzwirthschaft der Einzelstaaten die Ebbe und Fluth wechselnder Ueberschüsse gewirkt haben. Durch den Hinweis auf die mögliche Wiederholung eines solches Zustandes wird man daher die Grundlagen der Forderung eines Finanzreformgesetzes nicht erschüttern können.

— In dem neuen Stempelsteuergesetzentwurf ist von besonderer Wichtigkeit die Ordnung des Versicherungsstempels. Gegenwärtig wird nach der Prämie versteuert und zwar besteht bei einer Prämie, welche 150 Mark nicht erreicht, Steuerfreiheit, bei einer solchen von 150 bis 300 Mark einschließlich ein Stempel von 1,50 Mark, sonst $^1/_2$ vom Hundert, also bei 300 bis 400 Mark: 2 Mark, bei 400 bis 500 Mark: 2,50 Mark u. s. w. Prämien für mehrere Jahre werden zusammengerechnet mit Ausnahme der Lebensversicherungen, weil die Rechtsprechung des Obertribunals gegen die Absicht des Gesetzgebers immer nur die Prämie des ersten Versicherungsjahres für stempelpflichtig erklärt hat und daher seit 1869 auch die Verwaltung die entgegengesetzte Auffassung aufgeben mußte. Der Kommissionsentwurf des Stempelsteuergesetzes führt, abweichend von der Regierungsvorlage, welche sich betreffs der Lebensversicherungen der Auffassung der alten Verwaltungspraxis näherte, im Prinzip die Besteuerung nach der Versicherungssumme ein, und zwar bei Lebens- und Rentenversicherungen $^1/_{20}$ vom Hundert, bei anderen Versicherungen 1 Pfennig auf das Tausend für das Jahr. Nur bei Unfall-, Hagel- und Transportversicherungen verbleibt es bei der Besteuerung von $^1/_2$ Prozent der Prämie.

Bei der Lebensversicherung stellt sich der Stempel unter der Annahme einer Prämie von 35,81 Mark auf das Tausend bis 3000 Mark frei, bei 3000 Mark auf 1,50 Mark (gegen den bisherigen Satz + 1,50), 4000 Mark auf 2 Mark (+ 2), 5000 Mark auf 2,50 Mark (+ 1), 8000 Mark auf 4 Mark (+ 2,50), 10 000 Mark auf 5 Mark (+ 3), 50 000 Mark auf 25 Mark (+ 16), 100000 Mark auf 50 Mark (+ 32). Bei der Lebensversicherung auf den Lebensfall würde sich nach den Kommissionsbeschlüssen der Stempel unter Annahme einer Prämie von 43,73 Mark auf das Tausend stellen bis 3000 Mark frei, bei 3000 Mark auf 1,50 Mark (+ 1,50), bei 4000 Mark auf 2 Mark (+ 0,50), bei 5000 Mark auf 2,50 Mark (+ 1), bei 8000 Mark auf 4 Mark (+ 2), bei 10 000 Mark auf 5 Mark (+ 2,50), bei 50 000 Mark auf 25 Mark (+ 14), bei 100 000 Mark auf 50 Mark (+ 28). In Zukunft würden darnach die Stempel der Lebensversicherungen zwar durchweg höher sein, als seit der von 1869 datirenden Handhabung des Stempelgesetzes, aber immer noch erheblich niedriger als nach der älteren Praxis und keinesfalls so hoch, um auf den Abschluß von Lebensversicherungsverträgen hemmend zu wirken.

Der Stempel für die Unfallversicherung würde sich unter Annahme eines Prämiensatzes von 3,19 Mark auf das Tausend stellen: bei einer Versicherungssumme von 13 000 Mark auf 0,30 Mark (+ 0,30), bei 20 000 Mark auf 0,40 (+ 0,40), bei 50 000 Mark auf 0,80 Mark (— 0,70), bei 100 000 Mark auf 1,60 Mark (— 0,40). Es würde sich demnach eine geringe Erhöhung bei den niederen und Ermäßigungen bei den höheren Stufen ergeben.

Bei der Feuerversicherung würde sich der Stempel so regeln, daß die Steuerfreiheit, die gegenwärtig bis zu einer Versicherungssumme von 89 750 Mark reicht, künftig bei 3000 Mark aufhört. Bei einer Summe von 3000 bis 10 000 Mark würde der Stempel künftig 0,10 Mark (+ 0,10) betragen, bei 10 000 bis 20 000 Mark 0,20 Mark (+ 0,20), bei 50,000 Mark 0,50 Mark (+ 0,50), bei 100 000 Mark 1 Mark (— 0,50), bei 150 000 Mark 1,50 Mark, bei 200 000 Mark 2 Mark und bei 300 000 Mark 3 Mark. Bei den drei letzten Stufen würden sich die Stempelsätze gleich bleiben.

Auch bei der Hagelversicherung und bei der Viehversicherung würden künftig minimale Stempelsätze erhoben werden.

Schließlich beseitigt der Kommissionsentwurf den nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts von dem Antrage auf Aufnahme bei einer öffentlichen Versicherung bisher zu entrichtenden Fixstempel von 1 Mark und erklärt abweichend von dem bestehenden Rechte alle Rückversicherungspolizen sowie alle Polizen über Transportversicherung, welche nicht bei einer Transportversicherungs-Gesellschaft abgeschlossen sind, für steuerfrei.

Hiernach weist der Entwurf abgesehen von der Lebensversicherung überall neben großentheils minimalen neuen Stempeln mehrfache Erleichterungen auf und erreicht auch auf dem Gebiete der Lebensversicherung nirgendes wieder den Betrag, welcher bis 1869 erhoben wurde, noch einen solchen, welcher die Entwickelung des Versicherungswesens beeinträchtigen könnte.

— Der deutsche Gesandte in Tokio, Freiherr von Gutschmidt, überreichte gestern, begleitet von dem Kommandanten und einem Offizier S. M. S. „Arkona" in feierlicher Audienz dem Kaiser von Japan die Kette zum Schwarzen Adlerorden, die ihm der deutsche Kaiser, in Erwiderung der Verleihung der Kette zum Chrysanthemum-Orden, verliehen hat.

— Dem russischen Admiral, General-Adjutanten des Zaren und Marineminister Tschichatschew ist das Großkreuz des Rothen Adlerordens und dem russischen Admiral, General-Adjutanten und Chef des Marine-Generalstabs von Kremer der Rothe Adlerorden erster Klasse verliehen worden.

— Die Huldigungsfahrt der Schlesier zum Fürsten Bismarck muß auf längere Zeit verschoben werden. Dem Zentralkomitee ist aus Friedrichsruh die Mittheilung zugegangen, daß der Fürst nach den körperlichen Anstrengungen der letzten Monate das Bedürfniß einer längeren Ruhezeit empfinde und daher sehr bedauere, gerade die schlesischen Herren jetzt nicht empfangen zu können; er hoffe jedoch, später um so kräftiger und dadurch im Stande zu sein, sich denselben im persönlichen Verkehr besser widmen zu können.

— Aus den Tischgesprächen zwischen Fürst Bismarck und dem Vorstand des Bundes der Landwirthe erzählt die „Deutsche Tagesztg." Folgendes:

Als man die Reise des Grafen Herbert erwähnte, sprach er mit besonderer Herzlichkeit von seinem Freunde Schuwalow und vergaß nicht darauf hinzuweisen, daß man die Beziehungen mit Rußland nicht erkalten lassen solle. Herr v. Ploetz erwähnte die jetzige Mißstimmung der Industrie und der Börse darüber, daß Deutschland wieder in China den Kürzern gezogen habe und Rußland das Fett abzuschöpfen im Begriffe sei. Leise lächelnd fragte der Fürst, diese Mißstimmung richte sich wohl nicht nur gegen Rußland, und man antwortete allgemein, daß das Ziel der Mißstimmung allerdings nicht Rußland, sondern das Auswärtige Amt sei. Herr v. Ploetz wies dann darauf hin, daß es doch eigenthümlich sei, daß gerade die Börse und die Großindustrie jetzt mit dem Auswärtigen Amt unzufrieden sei. Mit einem leisen Lächeln sagte der Fürst: „Nur die?" Selbstverständlich war viel vom deutschen Bauernthum die Rede. Der Fürst zeigt sich als gründlicher Kenner der deutschen Geschichte, indem er darauf hinwies, daß Armin, der Sieger im Teutoburger Walde, eigentlich auch nur ein fürstlicher Bauer gewesen sei, daß die damaligen deutschen Bauern nicht so ungeberdige Kerle in Thierfellen gewesen seien, wie man sie sich gewöhnlich vorstelle, sondern Leute, die schon eine gewisse Kultur gehabt hätten, mit den Römern verkehren konnten, gewisse Gewerbe trieben u. s. w.

— Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stadtverordnete Fritz Zubeil ist gestorben. Derselbe war am 11. Januar 1848 in Schlesien geboren, erlernte das Tischlerhandwerk und kam 1872 nach Berlin; bald spielte er in der gewerkschaftlichen Bewegung eine Rolle. Seinen Beruf als Tischler gab er 1890 auf und legte sich eine Restauration in der Naunynstraße zu; das Geschäft muß wohl seinen Mann sehr gut ernährt haben, denn vor kurzer Zeit kaufte Zubeil ein größeres Gartenlokal in der Lindenstraße. Während des Boykotts im vorigen Jahre trat der Verstorbene ganz besonders in den Vordergrund; er hielt die wüthendsten Reden gegen den „Bierring" Zubeil sprach mit großer Lebhaftigkeit und Wärme, verstieß aber unausgesetzt gegen die Grammatik. In Versammlungen der Arbeitslosen machte er sich ganz besonders bemerkbar; hier erzielte er mit den bekannten sozialdemokratischen Schlagern die größten Erfolge. Bei den letzten Reichstagswahlen erhielt er ein Mandat für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow. Im Reichstage wie auch in der Stadtverordneten-Versammlung trat er nicht hervor.

— Wie aus der Maiquittung für die an die Parteikasse abgelieferten Gelder hervorgeht, kann die Sozialdemokratie auf wirklich freiwillige Beiträge kaum noch rechnen. Gleich den früheren Quittungen zeigt auch die letzte nur Posten, die durch Vertrauensleute von den „Genossen" mühsam abgepreßt worden sind. Die ohne direkten Zwang gezahlten Beiträge (u. a. Arow, Bebel, Singer) sind ganz geringfügig, sie kommen bei einer Gesamteinnahme von etwa 7000 Mark ganz und gar nicht in Betracht, da sie höchstens 5 Prozent im Ganzen ausmachen. Die Sammlungen in politischen Organisationen dagegen betragen rund 6500, die in Werkstätten und Fabriken rund 1000 Mark; das sind also die eigentlichen mit allem Exekutionszwange beigetriebenen Parteisteuern, von denen die Genossen absolut nichts haben. Von den Einnahmen aus der Maifeier sind diesmal zusammen noch nicht 300 Mark verzeichnet; sollte nicht die Juni-Einnahme noch Zuwachs für diesen Posten liefern, so würde sich die Begehung des „Weltfeiertages", vom sozialdemokratischen Geschäftsstandpunkte betrachtet, gar nicht mehr verlohnen.

— Zu der als bevorstehend angekündigten Interpellation im Abgeordnetenhause über die Zustände in der Irrenanstalt „Mariaberg" schreibt die „Nat.-Lib. Korr.":

„Man konnte zunächst behördlichen Organen eine thatsächliche, über das Maß des Zulässigen hinausgehende Konnivenz gegen eine geistliche Anstalt zum Vorwurfe machen, hatte aber keinen Anhaltspunkt und nicht einmal den Verdacht, eine obere staatliche Behörde könnte ein Recht kirchlich geleiteter Institute, obrigkeitliche Anordnungen als nicht verbindlich anzusehen, anerkannt haben. Nach der Aussage des Landesrathes Brands war dies jedoch thatsächlich der Fall gewesen. Der Regierungspräsident von Aachen hatte neue Bestimmungen für die Krankenanstalten erlassen, die vom Provinziallandtag genehmigt, mithin für die Rheinprovinz Gesetz geworden waren. Die Bestimmungen schreiben u. A. vor, daß der ärztliche Besuch ein täglicher sein müsse, und daß ohne Genehmigung der Aerzte keine auf die Behandlung der Kranken bezügliche Maßnahmen getroffen werden dürfen; sie betrafen demnach die Quelle der Uebelstände in Mariaberg. Aber gerade die Leiter dieser Anstalt verweigerten es, die Vorschriften in Anwendung zu bringen, und es war ihnen dazu ein formelle Handhabe dadurch geboten worden, daß die Behörde sie befragt hatte, ob sie sich den Bestimmungen unterwerfen wollen. Daß man dieser Anfrage und ihrer verneinenden Beantwortung keine weitere Bethätigung des Aufsichtsrechtes folgen ließ, war nur konsequent.

Der Regierungspräsident von Aachen begnügte sich jedoch nicht damit, sondern er schloß sich auch der Klage gegen den Verfasser der Broschüre an, der die Mißstände, wegen deren man sich zum Anlaß neuer Vorschriften bewogen fand, aufgedeckt hatte. So fest war dieser Beamte von dem Rechte der Brüder des Alexianerklosters, behördliche Anordnungen zu mißachten, überzeugt. Es wird sich im Abgeordnetenhause vor allem um die Frage handeln, auf welche gesetzlichen Bestimmungen sich dieses Recht geistlicher Exterritorialität gründet, und um die weitere, ob die Thatsache, daß die nach dem Erscheinen der Mellage'schen Schrift in Mariaberg angestellten staatsanwaltschaftlichen Ermittelungen ergebnißlos geblieben sind, mit jener Aachener Rechtsauffassung irgend welchen Zusammenhang hat.

Im Lichte der Aussage des Landesraths Brands gewinnen auch jene Bekundungen im Aachener Prozeß erhöhte Bedeutung, welche zu der Annahme hindrängen, das Alexianerkloster sei gelegentlich als Demeritenanstalt benutzt worden. In Demeritenanstalten (geistlichen Strafanstalten) dürfen Geistliche nicht wider ihren Willen untergebracht und festgehalten werden, die Verweisung in eine solche Anstalt darf die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen, und dem Kultusminister muß am Schlusse jeden Jahres ein Verzeichniß mit den Namen der Demeriten, den gegen sie erkannten Strafen und der Zeit der Aufnahme und Entlassung eingereicht werden. Alle diese Vorschriften gelten nicht für Geistliche, die in kirchlich geleiteten Krankenanstalten untergebracht sind, und wenn die Behörden auf ihr Aufsichtsrecht verzichten, wie es in Aachen thatsächlich geschehen ist, so erscheint die Gefahr nicht mehr ausgeschlossen, daß der Staat des verbliebenen Restes der Garantien gegen den Mißbrauch der kirchlichen Disziplinarstrafgewalt verlustig geht. Auch hierüber dürfte die Regierung um ihre Meinung gefragt werden."

— Die russische Erwerbung der unter dem Namen „Christiansö" zusammengefaßten dänischen Inselgruppe nordöstlich von Bornholm würde im Falle ihres Zustandekommens einen erheblichen Einschlag in die baltische Gesamtpolitik bedeuten. Rußland soll dort eine Kohlenstation begründen wollen, wobei man sich an die Erwerbung der griechischen Cyklade Poros durch den Zarenstaat erinnert. Die Inselgruppe führt ursprünglich den gemeinsamen Namen der „Erbseninseln"; jetzt heißen ihre einzelnen Glieder Christiansholm, Fredriksholm und Gräsholm (Grasinsel). Die Inseln dienten lange als dänisches Staatsgefängniß; 1855 wurde das befestigte Gefängniß indeß geschleift; im vergangenen Winter hörte man von einer Hungersnoth auf der Inselgruppe, zu der man von Bornholm des Treibeises wegen weder segeln noch über das Eis gelangen konnte. Die dortige Anlage einer Kohlenstation durch Rußland würde für das deutsche Ostsee-Interesse relativ gleichgültig erscheinen können; sehr stark aber müßte sie in Schweden empfunden werden, dessen Ostseehäfen Cimbrishamm und Karlskrona sie direkt flankiren würde. Im Uebrigen ist die Nachricht vorläufig noch unbestätigt, und es würde wohl auch der dänische Reichstag gefragt werden müssen, von dem indeß ein Widerstand gegen den Verkauf kaum zu erwarten sein dürfte. Vielleicht überbringt die gegen das Johannisfest in Kopenhagen erwartete Zarin-Wittwe ihrem königlichen Vater Vorschläge des kaiserlichen Enkels.

Thorn, 10. Juni. Der Lieutenant v. Puttkamer vom hiesigen Infanterie-Regiment von Borcke, Sohn des Oberpräsidenten Staatsminister v. Puttkamer zu Stettin, ist heute Abend nach langer schwerer Krankheit hier gestorben. Er war bekanntlich längere Zeit im Kolonialdienst beschäftigt, wonächst er in den aktiven Armeedienst zurücktrat.

Hamburg, 10. Juni. Aus Anlaß des Besuches des Kaisers am 19. d. Mts. findet keine Fondsbörse statt, die anderen Börsen fallen am Nachmittage aus, die Banken schließen um 1 Uhr Nachmittags. Fürst Bismarck hat die Einladung des Senates zur Theilnahme an den Feierlichkeiten unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand mit dem Ausdruck lebhaften Bedauerns abgelehnt.

Stuttgart, 10. Juni. Der König wohnte dem gestrigen Bundestage des würtembergischen Kriegerbundes in Biberach bei und erklärte in seiner Antwort auf den Königstoast des Ehrenpräsidenten des würtembergischen Kriegerbundes, Prinzen Herrmann von Sachsen-Weimar, daß er von der Treue der Kameraden überzeugt sei und ihnen sein herzlichstes und wärmstes Interesse entgegen bringe. Des Weiteren ermahnte sie der König, die während ihrer Soldatenzeit erworbenen Gesinnungen festzuhalten. „Pflegen Sie" — so fuhr der König fort — „die Gesetze und Pflichten der Sitte, Religion und Ordnung, die Liebe zu Thron und Vaterland, dann werden die schweren über dem Vaterlande schwebenden Wolken vorüberziehen, denn unsere Sache ist edel, gut und gerecht. Sie werden mit mir einig sein, daß wir unsern Gefühlen keinen besseren Ausdruck geben können, als wenn wir unseren obersten Kriegsherrn, den Kaiser Wilhelm II. hoch leben lassen: „Seine Majestät der Kaiser lebe!" Die Worte des Königs machten einen tiefen Eindruck auf die anwesenden 7000 Krieger, welche begeistert in den Hochruf ihres Königs einstimmten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Juni. Im Abgeordnetenhause gab es wieder große Skandale. Die Jungczechen brachten einen Dringlichkeitsantrag ein auf Vorlage des Berichtes über den diesjährigen Staatsvoranschlag binnen acht Tagen, um eine Unterbrechung der Steuerdebatte zu erzwingen, da die Opposition die Erledigung der Steuerreformvorlage verhindern will. In der Begründung des Antrages wollte der Jungczeche Pacak Zeitungsartikel verlesen, was der Präsident nicht gestattete, worauf die Jungczechen heftig lärmten. Der Antisemit Geßmann sagte: „Die Art, wie hier mit den wesentlichsten Rechten der Volksvertretung umgesprungen wird, kann nur als Skandal bezeichnet werden." Tosender Beifall bei den Jungczechen und Antisemiten. Der Präsident ertheilte Geßmann einen Ordnungsruf unter gleichzeitiger Wortentziehung. Die Opposition brach in heftigen Tumult aus und erging sich in Drohungen gegen das Präsidium. Geßmann schrie: „Unerhört! Mit welchem Recht wird mir das Wort entzogen?" Die Antisemiten und Jungczechen riefen ihm zu: „Sprechen Sie weiter!" Geßmann: „Ich appellire an das Haus!" Präsident: „Nachdem ich dem Abgeordneten wegen einer Anstand und Würde des Hauses verletzenden Aeußerung das Wort entzog, hat er kein Recht, an das Haus zu appelliren." Während aller dieser Aeußerungen dauerte der Tumult an. Lueger: „So lange Plener in der Opposition war, erhob er gegen den früheren Finanzminister die schwersten Vorwürfe, weil das Budget nie rechtzeitig erledigt wurde. Wenn der Finanzminister nur einen Funken von Ehrgefühl in sich hat, so würde er erklären, das Budget müsse sofort ins Haus gebracht werden. Sie werden die Dringlichkeit niederstimmen. Wir bringen aber unsere Anträge ein, um Sie in den Augen der Bevölkerung zu brandmarken. (Beifallsturm bei den Jungczechen und Antisemiten.) Es ist ein Skandal, daß man nicht ein halbes Jahr lang für den Staatshaushalt vorsorgt und die Minister wirthschaften läßt, wie sie wollen. Ein zweiter Skandal ist, wie hier die Präsidialgewalt mißbraucht wird." Händeklatschen bei den Jungczechen und Antisemiten. Präsident: „Da diese Aeußerung mich betrifft, so fällt mir nicht ein, Sie mit dem Ordnungsruf zu brandmarken." Beifall links, Lärm bei den Jungczechen und Antisemiten. Lueger zum Präsidenten: „Rufen Sie sich zur Ordnung! Sie haben Hausknechtmanieren!" Unter anhaltendem Lärm wurde der Schluß der Debatte angenommen, worauf noch Geßmann sprach, das Haus zertrete die Interessen des Volkes, es besitze nicht die elementarsten Gefühle für die Rechte des Volkes und für die eigene Würde. Der Präsident ertheilte Geßmann zweimal den Ordnungsruf. Schließlich wurde die Dringlichkeit des Antrages Pacak abgelehnt.

Frankreich.

Brest, 10. Juni. Die französische Schiffsdivision, bestehend aus den Schiffen „Hoche", „Dupuy de Lome" und „Surcouf" wird morgen nach Kiel abgehen.

Italien.

Rom, 10. Juni. Die Thronrede ist von der Kammer und der Presse gut, aber ohne Begeisterung aufgenommen worden. Wirklich begeisterten Beifall der Abgeordneten und Senatoren fand nur der Wunsch des Königs, daß die Ursachen zu Gewaltthat und Haß unter Italienern beseitigt werden möchten. Man findet die Thronrede geschickt, kraftvoll und der Lage entsprechend. Die Opposition findet sie allzu lobend für Crispis und des Kabinettes Handlungen. „Opinione" sagt: „Es herrscht in der Rede ein ernster und strenger Gedanke, daneben aber wohlwollende Gesinnung. Besonders glücklich ist die Erwähnung des Entschlusses, schnell und wirksam den sozialen Frieden herzustellen und neue Gnadenakte auszuüben." „Fanfulla" findet die Rede in bewundernswerther Uebereinstimmung mit den innersten Empfindungen und Bestrebungen der großen Mehrheit des Landes, denn sie sei ein Appell an die Eintracht und bezeichne ohne unnütze Ausblicke in eine ferne Zukunft die nächsten Schritte zum Wohlfahrtsziel.

Im heutigen Ministerrath wurden Erklärungen festgesetzt, die Crispi heute Abend in der Versammlung der Mehrheit abgeben wird.

Rom, 10. Juni. Der Herzog von Sermoneta richtete einen Brief an Rudini, in welchem er erklärt, daß er mit der Opposition bezüglich der konstitutionellen Fragen und der Fragen betreffend die Vertagung und den Schluß der Session

übereinstimme, aber die Mittel nicht billige, mit denen Cavallotti den Kampf gegen die Regierung führe; er werde die Regierung bei allen Gesetzen unterstützen, die geeignet seien, dem Lande die Ordnung und Sicherheit zu erhalten. Diese Erklärung halte er für seine Pflicht, bevor er die Kandidatur des Kammerpräsidiums übernehme.

Spanien und Portugal.

In Madrid wird angenommen, daß Marschall Martinez Campos in Kuba versucht, die einheimische und die konstitutionelle Partei zu verschmelzen. Nach einer Konferenz, welche über die Angelegenheiten in der Havanna berathschlagte, telegraphirte Campos nach Porto Rico und verlangte die schleunigste Entsendung eines Bataillons zur Verstärkung der spanischen Truppen in der Front. Es scheint Gefahr im Verzuge zu sein. Denn die „Central News" veröffentlichen folgende Depesche aus Jacksonville (Florida): „Eine starke Truppe von Freibeutern hat sich heimlich von hier ausgemacht und an der Küste von Nord-Kuba in der Provinz Las Bellas Bewaffnete, Munition und Kriegsvorräthe sicher gelandet. Dort stießen die Guerillas auf 2000 Insurgenten, mit denen sie sich verbündeten. Die Expedition führte 500 Pfund Dynamit, einen Telegraphisten, einen Kriegs-Ingenieur und einen Pulverfabrikanten mit sich; ihr Zweck war vollständig ausgerüstet und kriegerisch bewaffnet. Es wird berichtet, daß Caspar Gomez mit 2500 Mann in Camaguey eingefallen ist, wo 700 Andere zu ihm stießen."

Wenn auch nur die Hälfte dieser Meldung sich bewahrheitet, so ist sie schon verhängnißvoll genug für die Spanier.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Juni. Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der Lokal-Verwaltungsbill an. Schatzkanzler Harcourt erklärte, er werde am Donnerstag dem Hause die Frage vorlegen bezüglich der Führung der Regierungsgeschäfte für die nächste Zeit. Ambrose fragte, ob durch irgend einen Vertrag eine Verpflichtung für England bestehe, abgesehen von einer rein diskretionären Berechtigung, in die armenischen Angelegenheiten einzugreifen, durch einen Krieg oder in anderer Art, sobald es die Pforte zwinge, die Reformen anzuerkennen, wie die Mächte das Ultimatum, das zuletzt durch England, Rußland und Frankreich überreicht wurde, verlange. Unterstaatssekretär Grey antwortete, er müsse als Erwiderung auf diese Frage Ambroses diesen auf den Berliner Vertrag hinweisen. Das Haus nahm sodann in erster Lesung das Gesetz an, betreffend die Seehundfischerei im nördlichen Stillen Ozean. Unterstaatssekretär Grey erklärte, daß der Gegenstand des Gesetzes der sei, mit Rußland ein Einvernehmen herbeizuführen.

Rußland.

Petersburg, 10. Juni. Der Kaiser besichtigte heute auf der Kronstädter Rhede die nach Kiel bestimmten Kriegsschiffe. Aus diesem Anlasse waren die Rheden Kronstadts außerordentlich belebt. Auf den Wällen waren Truppen aufgestellt, auf den Kriegsschiffen standen die Mannschaften in den Raaen, die Kombattanten und Kriegsschiffe gaben den Kaisersalut. Ein zahlreiches Publikum wohnte dem imposanten Schauspiele bei.

Griechenland.

Athen, 10. Juni. Das Kabinet hat seine Entlassung gegeben; der König beauftragte Theodor Delyannis mit der Neubildung des Kabinets.

Athen, 10. Juni. Alexander Zaimis, Kandidat der Delyannis-Partei, wurde mit 148 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. André Anghero, Kandidat der vereinigten Opposition, erhielt 44 Stimmen.

Asien.

Shanghai, 10. Juni. Die telegraphische Verbindung mit Tschengtu (Provinz Sz'Tschwan) ist wiederhergestellt, jedoch sind noch keine bestimmten Nachrichten über die englischen, französischen und amerikanischen Missionare eingetroffen, deren Eigenthum bei den Aufständen zerstört worden. Es verlautet, daß die Lage in Tschengtu ruhiger geworden sei, daß sich jedoch die Unruhen in einer südlich von dieser Stadt gelegenen Gegend ausbreiten.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 11. Juni. Die Stettiner 3½% Stadtanleihen von 1889 und 1894 werden jetzt ebenso wie die älteren Jahrgänge von der Reichsbank im Lombard beliehen.

Nach einer Allerhöchsten Verordnung vom 4. Juni d. J. wird bei den Finanzabtheilungen der Regierungen in Königsberg, Potsdam, Frankfurt a. O., Stettin, Breslau, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Kassel und Wiesbaden die Verwaltung der direkten Steuern einerseits und die der Domänen und Forsten andererseits unter die Leitung je eines besonderen und für seinen Geschäftskreis verantwortlichen Dirigenten gestellt.

* Wie die „Voss. Ztg." hört, bekommen die Militärärzte demnächst eine andere Uniform. Das Gold der Epauletts wird in Zukunft Silber und die Achselstücke werden denen der Offiziere völlig gleich. Anstatt der jetzt allgemein dunkelblauen Kragen und Passepoilirung soll eine karmoisinrothe, ähnlich wie bei den Generalstabsoffizieren, eingeführt werden.

* Für die Ausführung der Gewerbezählung bei der am Freitag stattfindenden Berufszählung ist vom königlichen statistischen Bureau noch folgende Anleitung gegeben: Ein Gewerbebogen ist auch von solchen Gewerbetreibenden, Handwerkern, Gastwirthen, Inhabern kleiner Geschäfte u. s. w. auszufüllen, die zwar nicht mit eigens für das Geschäft angenommenen Gehülfen arbeiten, deren Familienangehörige aber, wenn auch nicht als eigentliche Gehülfen, so doch regelmäßig und nicht blos gelegentlich im Geschäft mithelfen. Der Gewerbebogen ist am Sitze des Gewerbebetriebes, nicht etwa in der von der Betriebsstätte getrennten Wohnung des Gewerbetreibenden auszufüllen. Von Zweiggeschäften (Filialen, Verkaufsstellen), in denen nur eine angestellte (unselbständige) Person beschäftigt ist, muß gleichwohl ein Gewerbebogen ausgefertigt werden, wird aber das Zweiggeschäft von einem selbstständigen Inhaber ohne Gehülfen oder Motoren betrieben, so darf kein Gewerbebogen ausgefertigt werden. Im Uebrigen ist an dem Grundsatz festzuhalten, daß ein Gewerbebogen für alle Betriebe des Handwerks-, Industrie-, Bau-, Handels-, Gast- und Schankwirthschafts- und Verkehrsgewerbes auszufüllen ist, wenn in diesen Betrieben einschließlich des Inhabers mehr als eine Person beschäftigt ist oder elementare Kraft für Umtriebsmaschinen oder Dampfkessel z. verwendet wird. Auch für die zeitweilig ruhenden Gewerbebetriebe (Kampagne-, Saisonbetriebe) ist ein Gewerbebogen auszustellen.

— Ein Patent ist ertheilt: Thiele u. Stöcker in Stargard auf Herstellung einer plastischen Masse aus Spähnen der Steinnuß, Korksand, Paraffin oder ähnlicher vegetabilischer Erzeugnisse. — Gebrauchsmuster sind eingetragen: für Hermann Priester in Lauenburg auf einen Schütttrichter für Kohlenstaubfeuerung, mit innerem, die Weite desselben verjüngendem, festem Körper; F. Bachmann in Labes auf einen Zeichenbock aus einem Kreuzgestell mit zwei gegenüberliegende Schenkel verbindendem Holzkreuz und in der Höhe durch Stützen aus schmiedbarem Guß verstellbaren Tragleisten.

— Ueber das Vermögen des Schuhwaarenhändlers Otto Unruh hierselbst, Grenzstraße 21, ist das Konkursverfahren eröffnet worden, der Kaufmann H. Fritze ist zum Verwalter der Masse ernannt. Anmeldefrist: 31. August.

— Mit dem am Sonntag in Swinemünde abgehaltenen Gautag des Gaues 27 des deutschen Radfahrerbundes war ein Preiskorso verbunden, wobei den 1. Preis (ein silbernes Trinkhorn) der Verein „Wanderer"-Stettin mit 13 Punkten erhielt, den zweiten Preis (eine Bowle) der Radfahrer-Verein „Sport"-Stettin mit 11,4 Punkten, den dritten Preis (silberner Pokal) der Verein „Stern"-Stettin mit 10,7 Punkten und den vierten Preis (silbernes Schreibzeug) der Verein Anklamer Radfahrer und Radfahrerinnen mit 10,2 Punkten. Bewerthet wurden ferner der Altdammer Verein und der Klub „Pomerania"-Stettin mit 8,7, bezw. 8,5 Punkten.

* Behufs Ausführung von Kanalisationsarbeiten wird vom 13. d. Mts. ab bis zur Fertigstellung jener Arbeiten die Bismarckstraße, die nördliche Seite des Bismarckplatzes und darauf die Falkenwalderstraße vom Bismarckplatz bis zur Turnerstraße für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

* Gestern Nachmittag kurz nach 1 Uhr wurde die Hülfe der Packhoffeuerwehr in Anspruch genommen, weil auf den Möllnwiesen trockenes Moor in Brand gerathen war. Das Feuer wurde durch Umschaufeln und Ausgießen erstickt, die Feuerwehr war eine Stunde thätig. — Der Löschzug der Feuerwehr Hauptwache rückte gestern Abend gegen 8½ Uhr nach der Lentzschen Tintenfabrik, Steinstraße 2 aus, dort wurde jedoch ein Brand nicht vorgefunden.

* Die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelte heute gegen den Töpfer Richard Golz, dem schwerer Diebstahl in drei Fällen zur Last gelegt wurde. Der Angeklagte stieg in der Nacht zum 17. September 1893 durch ein Fenster, dessen Scheibe er eindrückte, in das Komtoir der Kunstschlosserei von Krüger an der Moltke- und Schillerstraßen-Ecke ein und entwendete dort eine Kassette mit Versicherungsmarken und den Papieren eines bei K. beschäftigten jungen Mannes. Der Schaden, welcher dem Bestohlenen erwuchs, war insofern sehr erheblich, als die Schlüssel zu Geldschränken gehörten, deren Schlösser natürlich geändert werden mußten. Die Schlüssel will G. nachher ins Wasser geworfen haben. Acht Tage später, in der Nacht zum 24. September stieg der Angeklagte bei dem in der Turnerstraße wohnhaften Restaurateur Glander ein und stahl dort Eßwaaren, Wein, Spirituosen, Tabak und Zigarren soviel er tragen konnte. In der Nacht zum 8. Oktober wurde in ähnlicher Weise der Gastwirth Brandt von G. bestohlen. Das Gericht gewährte dem Angeklagten mildernde Umstände, erkannte aber, der Schwere der einzelnen Fälle entsprechend, auf drei Jahre Gefängniß und Ehrverlust für die gleiche Dauer.

* In der Zeit vom 2. bis 8. Juni sind hierselbst 41 männliche und 33 weibliche, in Summa 74 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 44 Kinder unter 5 und 14 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 20 an Durchfall und Brechdurchfall, 9 an Krämpfen und Krampfkrankheiten, 3 an katarrhalischem Fieber und Grippe, 3 an Gehirnkrankheiten, 3 an chronischen Krankheiten, 2 an Lebensschwäche, 2 an Abzehrung, 1 an Eitervergiftung und 1 an Schwindsucht. Von den Erwachsenen starben 4 an Schwindsucht, 4 an Schlagfluß, 4 an Gehirnkrankheiten, 4 an entzündlichen Krankheiten, 3 an Altersschwäche, 2 an Krebskrankheiten, 2 an organischen Herzkrankheiten, 2 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 1 an Scharlach, 1 an Genickstarre, 1 an katarrhalischem Fieber und Grippe und 1 an chronischer Krankheit; 1 endete durch Selbstmord.

— Der neue Direktor des hiesigen Stadttheaters beginnt bereits mit den Vorbereitungen für die Wintersaison und giebt zunächst bekannt, daß am 1. Juli d. J. unter Leitung des Chordirektors des Theaters, Herrn J. Laubner, eine Opern-Chorschule eröffnet wird, in welcher stimmbegabten jungen Damen und Herren ein für den Chorgesang richtiger und praktischer Unterricht ertheilt wird. Für die Theilnehmer ist es nöthig, daß sie Stimmmaterial haben und mit einigen theoretischen Vorkenntnissen der Musik vertraut sind.

— Die zweite Chorgesangprobe des Pommerschen Sängerbundes zum Sängerfeste findet am Donnerstag im Saale der alten Liedertafel statt.

Bellevue-Theater.

„Die wilde Katze" gelangte gestern zur Aufführung und gab dem Gast der Bühne, Herrn Albert Bozenhard, Gelegenheit, sich in einer seiner hervorragendsten Rollen vorzustellen. Für den „Ramiro Molinero di Colorado" ist derselbe ein stattlicher Vertreter, er giebt den verliebten Mexikaner mit Feuer und Leidenschaft, und da er auch stimmlich auf das beste disponirt war, konnte es ihm an reichen Beifall nicht fehlen. Eine treffliche Partnerin war Frl. Albrecht als „Marquita Garria", ihr Gesang war frisch, ihr Spiel von liebenswürdigem Humor durchdrungen. Weniger konnte uns Frl. Elsner als „Köchin Grethe" gefallen, aus dieser Partie läßt sich so viel machen, aber die Komik des Frl. Elsner war gezwungen, deshalb blieb die Wirkung auch aus. Mit köstlichem Humor gab Herr Picha den Volksanwalt Papke, er hatte die Lacher stets auf seiner Seite, auch der „Jimbo" des Herrn Stoppel und der „Schiefelbein" des Herrn Duckert waren wirksame Leistungen. Die übrigen Partien traten weniger hervor, im Ganzen waren sie angemessen besetzt. Die Gesangseinlagen wurden auf das beste durchgeführt und dem Orchester unter Herrn Kapellmeister Erlers Leitung gebührt volle Anerkennung. Die lustige Posse wird am Mittwoch wiederholt. Das Gastspiel des Herrn Bozenhard geht bereits Sonntag zu Ende.

R. O. K.

Aus den Provinzen.

Stargard, 10. Juni. Die in Folge des Genusses von verdorbenem Schinken erkrankten Siegmundschen Kinder sind nun auch verstorben, der Vater wurde bereits gestern beerdigt.

)(**Pyritz**, 10. Juni. Die Aufführungen des vaterländischen Festspiels „Königin Luise" durch hiesige Bewohner erfreuen sich des ungetheilten Beifalls des Publikums, jeder Darsteller ist bemüht, den Anforderungen seiner Rolle gerecht zu werden und da auch ein vorzügliches Zusammenspiel stattfindet, ist es nicht zu verwundern, daß die Darstellung volle Anerkennung verdient und findet. Auch die Massenscenen sind überaus wirksam, besonders der Erntefestzug, sehr tüchtiges wird in den Chorgesängen geboten.

Demmin, 10. Juni. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Neumann hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann H. Westphal. Anmeldefrist: 6. Juli.

Eberswalde, 10. Juni. Als Bewerber um die am 1. April 1896 frei werdende hiesige Bürgermeisterstelle haben sich im Ganzen 34 Herren gemeldet: 15 Bürgermeister, 11 Beigeordnete und Stadträthe, 2 Rechtsanwälte, 1 Landesrath, 3 Gerichtsassessoren, 1 Regierungsassessor und 1 Polizeileutenant.

Aus den Bädern.

Bad Reichenhall, 8. Juni. Die heute ausgegebene Kurliste Nr. 20 verzeichnet 1202 Kurgäste und 830 Passanten-Parteien.

Vermischte Nachrichten.

— Als der Kaiser am Donnerstag mit der kleinen Fregatte „Royal Luise" eine Segelfahrt auf dem Wannsee bei frischer östlicher Brise unternahm, kenterte dicht in der Nähe ein kleines Boot, das von dem in Berliner Segelkreisen bekannten Herrn Eichmann geführt wurde. Der Kaiser, welcher den Unfall zuerst bemerkte, beorderte sofort die begleitende Dampfpinasse zur Hülfeleistung, die insofern sehr von Nöthen war, als das stark geballastete kleine Segelboot gleich sank und Herr Eichmann aufs Schwimmen angewiesen war. Er wurde an Bord der Pinasse sehr freundlich aufgenommen und, nachdem noch sein auf dem Wasser treibender Rock und der Hut aufgefischt waren, nach seinem Wohnsitz am Wannsee befördert. Der Kaiser sprach sich über die schnelle Rettungsthat sehr befriedigt aus."

— Die Stadt Berlin besitzt eine nicht geringe Anzahl von bemerkenswerthen Lutherreliquien. Im Märkischen Museum befindet sich u. A. die noch gut erhaltene, lateinische Handbibel des großen Reformators, die im Jahre 1509 zu Basel gedruckt wurde und von Luthers eigener Hand mit vielen Randbemerkungen versehen ward. Dasselbe Museum ist im Besitze einer sehr stattlichen Sammlung von Ausgaben der Luther'schen Bibelübersetzung, von älteren Gesangbüchern mit Luther's Liedern und den „fürnehmsten und besten Schriften des Mannes Gottes, Herrn Doctoris Martini Lutheri"; dieses Werk ist von Nikolaus Voltz im Jahre 1589 für die Markgräfin Katharina von Brandenburg im Grauen Kloster zu Berlin gedruckt. Im Rittersaal des königlichen Schlosses befindet sich der kostbare, für 25 000 Thaler angekaufte Bergkrystallkronleuchter, unter dem einst Luther auf dem Reichstage zu Worms vor den deutschen Fürsten zu Worms stand. Das Hohenzollern-Museum besitzt endlich noch ein Trinkglas Luthers und eine Todtenmaske Luthers.

— Der Nestor der deutschen Bleistiftindustrie, Hermann Christian Kurz, der Seniorchef und Gründer der weltbekannten Bleistiftfabrik H. C. Kurz in Nürnberg und Berlin, begeht am 30. Juni d. Js. seinen siebzigsten Geburtstag. Voraussichtlich wird es dem um die deutsche Industrie hochverdienten Jubilar an seinem Ehrentage an Auszeichnungen aller Art nicht fehlen, denn abgesehen davon, daß er seit Jahrzehnten Hunderte von Arbeitern beschäftigte, hat er sich durch seine uneigennützige Wirksamkeit zum Wohle der altehrwürdigen Stadt Nürnberg sowie durch zahlreiche Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Bleistiftfabrikation einen weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden Ruf und Namen erworben. Geboren wurde Hermann Christian Kurz am 30. Juni 1825 als der Sohn des preußischen Bataillonsarztes Jakob Kurz zu Köln a. Rh. Eine mehrjährige Thätigkeit in der Droguen- und Farbwaarenbranche und sein Domizil an dem altbewährten Hauptsitze der Bleistiftindustrie in Nürnberg erweckten in ihm den Gedanken, daselbst eine Blei- und Farbstiftfabrik zu gründen. Die ihm mangels eines hierzu vorhandenen Bedürfnisses behördlicherseits bereiteten Schwierigkeiten waren erst zu überwinden; mit dem schon lange verstorbenen Sozius Großberger hatte Herm. Chr. Kurz nunmehr 1855 die Firma Großberger u. Kurz geschaffen. Durch rastlose Thätigkeit und durch eine auf seinen fortgesetzten und weiten Reisen allenthalben errungene persönliche Beliebtheit hatte er derselben zu baldigem Renommee verholfen, im Jahre 1872 sich aber in den Privatstand zurückgezogen. An 10 Jahre war seine Thätigkeit wohlthätigen und kommunalen Interessen Nürnbergs gewidmet, bis im Jahre 1882 die Gründung einer neuen großartig eingerichteten Bleistiftfabrik unter der Firma H. C. Kurz erfolgte. Unter der Mithülfe junger Kräfte, der drei im In- und Auslande geschulten Söhne machte sich bald ein nie geahnter Aufschwung geltend und unter allen auf der ganzen Welt existirenden Bleistiftfabriken nimmt die Firma „H. C. Kurz" eine erste Stelle ein. Die Fabrikanlagen erfahren fortwährende Vergrößerungen und mit froher Genugthuung blickt der nunmehr 70jährige Pionier der deutschen Bleistiftindustrie auf die Erfolge seiner Unternehmungen, möge er sich noch lange seines Lebenswerkes erfreuen.

— Die Gotteshäuser in den Vereinigten Staaten sind vielfach nur noch Klubhäuser, in denen man, nachdem der Pfarrer ein kurzes Gebet gesprochen, einige geistliche Lieder singt und dann in den mit schweren Brüsseler Teppichen, kostbaren Kronleuchtern, weichen Sammetpfühlen, den unvermeidlichen Schaukelstühlen und anderen Luxusgegenständen ausgestatteten Gesellschaftszimmern einige Stunden der Unterhaltung weiht. Es werden Kaviarbrödchen, Schinkenschnittchen Hühnerbeinchen, Candy und sonstige Delikatessen herumgereicht, das junge Volk trinkt Limonade, während die Kirchenältesten sich zur höheren Ehre Gottes in einer dunklen Ecke etwas Kräftigeres hinter die Binde gießen. In einigen Kirchen Neuenglands, wo das Patent-Christenthum stark ins Kraut geschossen ist, soll es sogar Spielzimmer geben. Während der Herr Papa das „Buch der vier Könige" studirt und die Frau Mama in einem Nebenzimmer mit ihren Freundinnen dem Klatsch obliegt, amüsirt sich in dem Hauptzimmer das junge Völkchen nach Herzenslust bei Pfänderspielen, Blindekuh, Kußkränzchen u. s. w. Die jungen Mitglieder betrachten diese geistlichen Klubs als die geeignetsten Plätze zur Anknüpfung eines Liebesverhältnisses; in manchen Fällen wird eine Heirath daraus, in vielen Fällen bleibt es jedoch bei einer unter dem Namen „Flirtations" bekannten Liebelei. Je weiter die Kirche entfernt ist, desto besser paßt sie für derartige Sachen; denn es ist so angenehm, beim Mondschein nach Hause zu gehen.

Aachen, 10. Juni. Die Nachricht von der Abreise des Bruders Heinrich von dem Alexianer-Kloster Mariaberg ist unbegründet.

Braunschweig, 8. Juni. Die Verhandlungen des Verbandes deutscher Thierschutzvereine, der seit dem 5. d. Mts. hier tagte, sind zum Abschluß gekommen. In seiner letzten Sitzung sprach sich der Verein noch aus: für Ausdehnung der Schonung der Singvögel gemäß den von Straßburg gestellten Anträgen, für Schonung des Kiebitzes in Rücksicht auf den Nutzen für die Landwirthschaft in der Weise, daß das Suchen und Ausnehmen der Kiebitzeier nicht vor dem 20. April gestattet werden möge, gegen das als Thierquälerei zu bezeichnende Stopfen (Nudeln) der Gänse zum Zwecke der Erzeugung großer Lebern, gegen das Verstümmeln der Pferde durch Koupiren, gegen das thierquälerische Teckel- und Foxterrierschliefen und gegen den Massenmord der Vögel zur Gewinnung des Materials zu Modezwecken. Des Weiteren wurden erörtert die Frage des Pferdeschutzes im Allgemeinen, die Bekämpfung der Noth des Wildes in schneereichen Wintern, und insbesondere die Hausschlachtungen. In Bezug auf letzteren Punkt beschloß der Verband, es sei dahin zu streben, daß jede Schlachtung nur von befähigten Personen vorgenommen werden dürfe, und es sei der demnächst in Köln stattfindende Verbandstag deutscher Fleischerinnungen um Regelung der Angelegenheit in diesem Sinne zu ersuchen. Der Verband erörterte dann noch, wie für die Sache des Thierschutzes die Geistlichen, Lehrer und besonders die Kinderwelt mehr als bisher gewonnen werden könnten. Die angeregte Gründung von Kinder-Thierschutzvereinen wurde jedoch, nachdem sie vom pädagogischen Standpunkt lebhaft bekämpft worden war, verworfen. Der nächstjährige Verbandstag findet in Hamburg statt.

Wien, 10. Juni. Nach authentischer Feststellung ist die Explosion im Johannschachte zu Karwin durch unvorsichtige Handhabung der Keilhauer eines Häuers verursacht worden. Schwer verletzt wurden zwei Häuer.

Milwaukee, 10. Juni. Bei einem heute hier ausgebrochenen großen Feuer brannte die Flaschenfabrik der berühmten Schlitzschen Brauerei völlig nieder. Der Schaden wird auf 2 500 000 Mark geschätzt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Juni.

Wetter: Schön. Temperatur + 18 Grad Reaumur. **Barometer** 758 Millimeter. **Wind**: Nordwest.

Weizen matt, per 1000 Kilogramm loko 153,00—158,00, per Juni 156,00 nom., per Juni-Juli 156,00 nom., per Juli-August —,—, per September-Oktober 159,00 G.

Roggen matt, per 1000 Kilogramm loko 128,00—133,00, per Juni 130,50 B., per Juni-Juli 130,50 B., per Juli-August —,—, per September-Oktober 135,00 B. u. G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 120,00—124,00.

Spiritus unverändert, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 38,2 bez., Termine ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 156,00, Roggen 130,50, 70er Spiritus —,—.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 11. Juni.

Weizen per Juni —,— bis —,—, per Juli 157,25, per September 158,00.

Roggen per Juni —,— bis —,— per Juli 132,50, per September 136,50.

Rüböl per Juni —,—, per Oktober 46,00.

Spiritus loko 70er 39,00, per Juni 70er 42,30, per September 70er 43,20.

Hafer per Juni 128,50, per September 126,25.

Mais per Juni 118,00, per September 117,50.

Petroleum per Juni 22,30, per Oktober 22,70.

London, 11. Juni. Wetter: Schön.

Berlin, 11. Juni. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,10
do. do. 3½%	104,80
do. do. 3%	99,50
Deutsche Reichsanl. 3%	99,10
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,70
do. do. 3%	97,10
do. Landescred.-B. 3½%	102,00
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	101,30
do. 3%	96,80
Italienische Rente	88,70
do. 3% Eisenb.-Oblig.	54,50
Ungar. Goldrente	103,50
Rumän. 1881er am. Rente	100,20
Serbische 5% Tab.-Rente	71,80
Griech. 5% Goldr. v. 1890	35,75
Rum. amort. Rente 4%	89,20
Russ. Boden-Credit 4½%	103,30
do. do von 1880	102,20
Mexikan. 6% Goldrente	88,90
Oesterr. Banknoten	168,40
Russ. Banknoten Cassa	220,30
do. do. Ultimo	220,25
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	—.—
do. (100) 4%	—.—
do. (100) 4%	104,50
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,00
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,50
Stett. Bulc.-Act. Littr. B.	140,00
Stett. Bulc.-Prioritäten	143,60
Stettiner Straßenbahn	111,40
Petersburg kurz	219,60
London kurz	20,44

London lang	20,40
Amsterdam kurz	168,55
Paris kurz	81,00
Belgien kurz	80,90
Berliner Dampfmühlen	115,50
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	77,75
Stett. Chamotte-Fabrik Didier	233,00
„Union", Fabrik chem. Produkte	132 10
Varziner Papierfabrik	159 00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	104 50
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	102,00
Stett. Stadtanleihe 3½%	101 80

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	221,50
Berliner Handels-Gesellsch.	159 90
Oesterr. Credit	252 60
Dynamite Trust	149,10
Bochumer Gußstahlfabrik	157 60
Laurahütte	135,80
Harpener	151 70
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	153,60
Dortm. Union St.-Pr. 6%	72 00
Ostpreuß. Südbahn	100,75
Marienburg-Mlawkabahn	90 60
Mainzerbahn	119 20
Norddeutscher Lloyd	108,70
Lombarden	47 75
Luxemb. Prince-Henribahn	85,75

Tendenz: Flau.

Paris, 10. Juni, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Träge.

	10.	8.
3% amortisirb. Rente	101,10	101,05
3% Rente	102,55	102,47½
Italienische 5% Rente	89,00	89,35
4% ungar. Goldrente	104,37½	104,31
4% Russen de 1889	102,60	102,70
4% Russen de 1894	68,05	68,05
3% Russen de 1891	93,05	93,00
4% unifiz. Egypter	—,—	104,30
4% Spanier äußere Anleihe	68,50	69,62
Convert. Türken	25,85	25,75
Türkische Loose	158,10	158,60
4% privil. Türk.-Obligationen	495,50	495,50
Franzosen	940,00	936,25
Lombarden	246,25	243,75
Banque ottomane	729,00	727,00
„ de Paris	812,00	815,00
Debeers	527,00	530,00
Credit foncier	903,00	905,00
Huanchaca	184,00	184,00
Meridional-Aktien	—,—	645,00
Rio Tinto-Aktien	420,00	421,25
Suezkanal-Aktien	3242,00	3237,00
Credit Lyonnais	823,00	822,00
B. de France	3570,00	3570,00
Tabacs Ottom.	492,00	490,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 11/16	122,62
Wechsel auf London kurz	25,21½	25,21½
Cheque auf London	25,23	25,23
Wechsel Amsterdam k.	206,00	205,93
„ Wien k.	205,62	205,50
„ Madrid k.	429,50	432,50
„ Italien	4,25	4,37
Robinson-Aktien	225,00	224,00
Portugiesen	25,50	25,62½
Portugiesische Tabaksoblig.	460,00	460,00
Privatdiskont	1,37	1,50

Hamburg, 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr. **Zuckermarkt**. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg, per Juni 9,82½, per August 10,07½, Oktober 10,27½, per Dezember 10,47½. Ruhig.

Hamburg, 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr. **Kaffee**. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Juni 76,25, per September 75,75, per Dezember 73,75, per März 73,00. — Matt.

Bremen, 10. Juni. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes **Petroleum**. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Ruhig. Loko 6,90 B. **Baumwolle** ruhig.

Amsterdam, 10. Juni. **Java-Kaffee** good ordinary 53,00.

Amsterdam, 10. Juni. **Bancazinn** 38,25.

Amsterdam, 10. Juni, Nachmittags. **Getreidemarkt**. **Weizen** auf Termine etwas höher, per November 172,00. Roggen loko unv., do. auf Termine etwas höher, per Juli —,—, per Oktober 121,00. Rüböl loko 23,75, per Herbst 22,75.

Paris, 10. Juni, Nachm. **Getreidemarkt**. (Schlußbericht.) **Weizen** beh., per Juni 19,95, per Juli 20,15, per Juli-August 20,40, per September-Dezember 21,10. **Roggen** ruhig, per Juni 11,05, per September-Dezember 12,50. **Mehl** beh., per Juni 45,90, per Juli 45,85, per Juli-August 45,90, per September-Dezember 46,20. **Rüböl** beh., per Juni 48,75, per Juli 49,00, per Juli-August 49,00, per September-Dezember 49,25. **Spiritus** ruhig, per Juni 31,50, per Juli 31,75, per Juli-August 31,75, per September-Dezember 32,25. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 10. Juni, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 27,75 bis 28,25. **Weißer Zucker** beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 28,12½, per Juli 28,25, per Juli-August 28,37½, per Oktober-Januar 29,25.

London, 10. Juni. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 10. Juni. 96proz. **Javazucker** loko 12,00, ruhig. **Rübenrohzucker** loko 9,75, thätig. **Centrifugal-Cuba** —,—.

London, 10. Juni. **Chili-Kupfer** 42,75, per drei Monat 43,12.

London, 10. Juni, Nachmittags 4 Uhr 20 Min. **Getreidemarkt**. (Schlußbericht.) Sämtliche Getreide fest aber ruhig, Weizen ¼ bis ½ Sh. höher als vor 14 Tagen. Mehl ¼ bis ⅓ Sh. höher, Hafer ¼ Sh. niedriger. Angekommene Weizenladungen fest, La Plata 26 netto refüsirt. — Wetter: Schön.

London, 10. Juni. **Kupfer**, Chili good ordinary brands 42 Lstr. 17 Sh. 6 d. **Zinn** (Straits) 62 Lstr. 18 Sh. — d. **Zink** 14 Lstr. 17 Sh. 6 d. **Blei** 10 Lstr. 12 Sh. 6 d. **Roheisen**. Mixed numbers warrants 43 Sh. 7 d.

Glasgow, 10. Juni, Nachm. **Roheisen**. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 6 d.

Newyork, 10. Juni. (Anfangs-Kours.) **Weizen** per Juli 83,50. **Mais** per Juli 57,00.

Newyork, 10. Juni, Abends 6 Uhr.

	10.	8.
Baumwolle in Newyork	7,25	7,25
do. in Neworleans	7,00	7,00
Petroleum Rohes (in Cases)	8,00	8,00
Standard white in Newyork	7,65	7,65
do. in Philadelphia	7,60	7,60
Pipe line certificates nom.	153,00	150,50
Schmalz Western steam	6 75	6,75
do. Lieferung per Juli	6,95	6,90
Zucker Fair refining Moscovados	2 15/16	2 15/16
Weizen fest.		
Rother Winter- loko	83,37	83,87
per Juni	82,50	83,00
per Juli	83,00	83,50
per September	84,00	84,50
per Dezember	85,37	86,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	16,00	16,00
per Juli	14,70	14,70
per September	14,75	14,80
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,05	3,05
Mais beh., per Juni	—,—	—,—
per Juli	57,00	57,50
per September	58,12	58,62
Kupfer: höchster Preis	10,75	10,75
Getreidefracht nach Liverpool	1,25	1,25

Chicago, 10. Juni.

	10.	8.
Weizen fest, per Juni	79,50	81,00
do. per Juli	80,00	81,75
Mais fest, per Juni	51,75	52,12
Pork per Juni	12,55	12,57½
Speck short clear	nom.	nom.

Woll-Berichte

Bradford, 10. Juni. Wolle ruhig, Preise unverändert, Garne fest. In Stoffen gutes Geschäft.

Bankwesen.

Berlin, 11. Juni. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 7. Juni.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 1 074 517 000, Abnahme 1 679 000.
2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 27 752 000, Zunahme 278 000.
3) Bestand an Noten and. Bank. M. 9 884 000, Abnahme 574 000.
4) Bestand an Wechseln M. 526 572 000, Zunahme 4 795 000.
5) Bestand an Lombardforderg. M. 70 215 000, Abnahme 2 807 000.
6) Bestand an Effekten M. 9 909 000, Zunahme 655 000.
7) Bestand an sonst. Aktiven M. 42 211 000, Abnahme 126 000.

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 1 048 129 000, Abnahme 11 902 000.
11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 554 016 000, Zunahme 2 674 000.
12) An sonstigen Passiven M. 9 095 000, Zunahme 180 000.

Der Rückfluß der Bankmittel nach dem letzten Ultimo war bisher unerheblich, und die Ueberdeckung der Noten stieg nur um 9 927 000 Mark, sodaß sie jetzt 64 024 000 Mark beträgt. Das Herannahen des Semester-Termins, die Ansprüche der Wollmärkte und die Bedürfnisse der Börsen lassen auch fernerhin nur mäßige Rückflüsse erwarten.

Wasserstand.

Stettin, 11. Juni. Im Revier 16 Fuß 11 Zoll = 5,32 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 11. Juni. (Privat-Telegramm.) Die Belegschaft der „Antonienhütte" ist gerettet. Todt sind neun, vermißt 11 Mann, welche voraussichtlich todt sind. Die Brandstätte wird abgedämmt.